

*Feinstaub***Grund zu klagen**

(BE) – Längst ist es auch in Berlin so weit: Die zulässigen Grenzwerte für Feinstaub (PM10) wurden öfter überschritten als erlaubt. Der BUND koordiniert deshalb eine Sammelklage von Anwohnern großer Hauptverkehrsstraßen. Dadurch soll der Berliner Senat gezwungen werden, schnelle und wirksame Maßnahmen gegen die verkehrsbedingte Belastung mit Feinstaubpartikeln zu ergreifen.

Seit Anfang des Jahres gilt europaweit, dass an höchstens 35 Tagen im Jahr mehr als $50\mu\text{g}/\text{m}^3$ PM10 in der Luft sein darf. Nach Stuttgart, München und Düsseldorf haben im April auch die Messstationen in den Berliner Bezirken Neukölln und Friedrichshain diese Grenzwertüberschreitung festgestellt. Jetzt heißt es handeln, denn das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) ermöglicht es betroffenen Bürgern neuerdings, einen wirksamen Schutz vor Feinstaubbelastung gerichtlich einzuklagen. Wirksamer Schutz bedeutet vor allem, Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter aus der Innenstadt zu verbannen, ist doch der Dieseldiesel die gefährlichste Zutat im giftigen Feinstaubcocktail.

Wie die bisherigen gerichtlichen Auseinandersetzungen gezeigt haben, haben Forderungen nach einzelnen, lokalen Fahrverboten kaum Aussicht auf Erfolg. Der BUND Berlin möchte daher mit einer Sammelklage von Anwohnern stark befahrener Straßen ein Maßnahmenbündel durchsetzen, das die Feinstaubbelastung in der ganzen Stadt verringert. Dazu gehört an erster Stelle die rasche Einführung einer Umweltzone im gesamten Gebiet innerhalb des Berliner S-Bahnringes. Dort sollen nur noch Dieselaautos mit Partikelfilter fahren dürfen. Zusätzlich sind Tempolimits hilfreich, da bei geringer Fahrgeschwindigkeit weniger Abgase entweichen und weniger Staub vom Boden aufgewirbelt wird.

Generell ist dem Berliner Senat zu raten, den öffentlichen Verkehr stärker zu fördern, denn ab 2010 gelten auch für Stickoxide schärfere Grenzwerte. Diese können auch bei optimierter Autotechnik nur eingehalten werden, wenn weniger Autos in der Stadt fahren – gleichgültig ob sie mit Diesel- oder Benzinmotor laufen.

Sebastian Petrich, Feinstaub-Kampagne, BUND Berlin e.V., Crellestr. 35, petrich@bund-berlin.de, 10827 Berlin, ☎ 030/78 7900-22, Fax: -18

*Feinstaub***Große Chance**

(BN) – Als Reaktion auf die Tatsache, dass München die seit Januar 2005 geltenden Grenzwerte in der Vergangenheit regelmäßig überschritten hatte, beschlossen die Regierung von Oberbayern und die Stadt München im September 2004 einen Luftreinhalteplan (LRP). Dieser enthielt jedoch nur mittel- bis langfristig wirksame Maßnahmen. Die von der Stadt gewollten Beschränkungen für den LKW-Verkehr lehnte die Regierung ab. Bereits am Osterwochenende wurde der Feinstaubgrenzwert in der Landshuter Allee zum 35. Mal überschritten.

Bereits im Jahr 2003 hatte der Bund Naturschutz erstmalig auf die Feinstaubbelastung aufmerksam gemacht. Am 18. März nun präsentierten der BN und drei weitere lokale Umweltverbände einen Maßnahmenkatalog zur Reduzierung der Feinstaubbelastung. Am Karfreitag forderte der BN zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe schnelle Fahrverbote. Zusätzlich wurde die Pressekonferenz des bayerischen Umweltministers Schnappauf mit einer Aktion begleitet. Es folgten eine Unterschriftenaktion und ein Fototermin »Umweltzone München« begleitend zu einer Stadtratssitzung.

Die Kernforderungen des BN lauten: Fahrverbote (für LKW, Diesel-PKW und in letzter Konsequenz auch PKW mit Ottomotor) als einzige kurzfristige Maßnahme. Mittel- und langfristig müssen folgen: Partikelfilter, Ausweisung einer Umweltzone mit Zufahrtsbeschränkung, Förderung von Fahrgemeinschaften, Fahrraummanagement (nur noch Anwohnerverkehr in Wohngebieten). Ausweitung der LKW-Maut, Machbarkeitsstudie City-Maut, Konzept »Region München« und Verdichtung der Messstellen (v.a. an verkehrsreichen Stellen im Landkreis fehlen noch Stationen).

Der Luftreinhalteplan in München zitiert v.a. Altbekanntes (Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, Verkehrsmanagement etc.). Obwohl vieles bereits umgesetzt wird, überschreitet München die Grenzwerte. Die von Schnappauf geforderte Nassreinigung hat die Stadt erprobt, ohne messbaren Erfolg. Selbst im optimistischsten Fall der Umsetzung aller Maßnahmen (bis hin zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs) wird in München mit mehr motorisiertem Individualverkehr gerechnet: Der Anteil des ÖPNV sinkt, die Schadstoffbelastung wird weiter steigen. Während Stadt, Bezirksregierung und Wirtschaftsverbände »Feinstaub« als lästiges Übel betrachten und nicht müde werden, vor den schrecklichen Folgen einer Verkehrsbeschränkung in der Innenstadt zu warnen, sieht der BN die große Chance, auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses v.a. die Verkehrsströme neu zu organisieren. Davon würden alle profitieren: Die nötigen Investitionen wirkten als das größte Konjunkturprogramm unserer Zeit für die lahme Wirtschaft. Die Menschen erhielten bessere Lebensbedingungen. Und mehr Lebensqualität würde die Stadt München als Ganzes attraktiver machen.

Feinstaub in München ►

BN-Kreisgruppe München, info@bn-muenchen.de, Fax: 089/51 56 76-77, ☎ -0